



Bericht über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.11.2023

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung in der Stadthalle begrüßte Bürgermeister Deinet die anwesenden Stadträte und Bürger und stellte fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Bürgermeister Deinet fragte nach, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gäbe. Stadtrat Vollmer stellte im Namen der Bürgerlichen Wählerliste den Antrag, den Tagesordnungspunkt 3 von der Sitzung abzusetzen und auf einen Termin nach den Haushaltsberatungen zu verschieben. Begründung: Am 22.09.2023 wurde nochmals ein Vorstoß unternommen, um die Turnhalle mit Bundeszuschuss zu sanieren. Sollte diese Chance kommen, haben sich Gemeinderat und die Verwaltung verpflichtet, die Kofinanzierung sicherzustellen. Um entsprechend agieren zu können, hält die Bürgerliche Wählerliste es für entscheidend, bis dahin keine zusätzlichen Finanzmittel zu binden. Nach kurzer Diskussion und Abänderung des Antrages, den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis zu nehmen und die Beschlussfassung zu vertagen wurde der Antrag der Bürgerlichen Wählerliste mehrheitlich abgelehnt. Anfragen aus der Einwohnerschaft gab es zu Sitzungsbeginn keine.

Baugesuche

Zu den eingegangenen Baugesuchen hielt stellvertretender Bauamtsleiter Rueß die Sachvorträge. Dem Bauantrag zum Umbau und Aufstockung Wohngebäude, Neubau Garage und Treppenhaus, Anbau Balkon, Auffüllung des Grundstücks an der nördlichen Grenze zu den Flst. 433/4 und 433/5 um ca. 1,20 m auf Flst. 451/8, Beethovenstraße 12 in Bad Schussenried wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Befreiungen bezüglich der Dachneigung, Kniestockhöhe, Erhöhung Traufe, Dachaufbauten, Höhe von Dachhaut zu Dachhaut, Geschossigkeit, Überschreitung der Baugrenze und Geländeauffüllung wurde erteilt. Sowohl die Freien Wähler als auch die Bürgerliche Wählerliste begrüßten die Innenverdichtung. Der Antrag auf Abweichung, Ausnahme oder Befreiung von baurechtlichen Vorschriften zur Errichtung einer Einfriedung aus Beton L-Steinen auf Flst. 451/9, Beethovenstraße 10 in Bad Schussenried wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Befreiungen bezüglich der Einfriedung und Geländeauffüllung wurden nicht erteilt. Dem Bauherrn wurde empfohlen, die Mauer so zu erstellen, dass das Vorhaben nachbarschaftsrechtlich vertretbar ist. Dem Bauantrag zur Aufstellung von Flüchtlingscontainern auf Flst. 574/1 + 574/2, Karl-Etzel-Straße 15 in Bad Schussenried wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Befreiungen bezüglich des Überbaus des Pflanzgebots sowie für die befristete Unterbringung von Geflüchteten im Gewerbegebiet wurden erteilt. Stadtrat Spähn erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und trat vom Ratstisch zurück.

Breitbandausbau der "Grauen Flecken"

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren zusätzlich anwesend Herr Welling von der Fa. Rödl und Partner und Herr Schreitmüller vom Ingenieurbüro Wasser-Müller. Stadtkämmerer Kubot hielt den einführenden Sachvortrag. Im Anschluss daran erläuterte Herr Welling das Förderprojekt Gigabitausbau in Bad Schussenried anhand einer Präsentation. Er zeigte das bisherige Engagement der Stadt Bad Schussenried auf, erklärte die bisherige Vorbereitung des Graue-Flecken-Ausbaus und stellte die Kostenschätzung sowie das weitere Verfahren vor. Stadtrat Spähn bedankte sich über den Vortrag und teilte mit, dass die Freien Wähler dem Antrag zustimmen werden, da man die Chance nutzen müsse, in Zukunftstechnologien zu investieren. Stadtrat Vollmer entgegnete, dass sich die Bürgerliche Wählerliste immer einen anderen Ausbau mit der OEW gewünscht habe, um keine städtischen Mittel zu binden. Man habe noch andere Aufgaben, die man nicht außer Acht lassen dürfe. Er sei sich bewusst, dass Glasfaser kommen muss, aber die Bürgerliche Wählerliste werde sich bei diesem Antrag enthalten. Anschließend erging der mehrheitliche Beschluss, unter Hinzuziehung des geschätzten Förderanteiles von Bund und Land von 80 % der förderfähigen Gesamtkosten,

die Verwaltung zu beauftragen, eine EU-weite Ausschreibung für die Baumaßnahmen im Rahmen einer Generalunternehmervergabe (GU) vorzunehmen.

Änderung des Redaktionsstatuts des Schussenboten

Hauptamtsleiter Mutter erklärte anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Unter anderem soll die Karenzzeit vor Wahlen geprüft werden. Dies und weitere Einzelheiten, die sich seit der Aufstellung des Redaktionsstatuts im Jahre 2003 ergeben haben, sollen im neuen Redaktionsstatut angepasst werden. Nach kurzer Diskussion beschloss der Gemeinderat mehrheitlich das neue Redaktionsstatut für das Amtsblatt Schussenbote.

Flüchtlingssituation in der Stadt Bad Schussenried und kommunale Erwartungen an den Bund

Stellvertretende Hauptamtsleiterin Weishaupt hielt den Sachvortrag. Das Ministerium der Justiz und Migration BW hatte im September festgestellt, dass der Zugang von Flüchtlingen stark angestiegen ist. Gemeindetag, Landkreistag und Städtetag veröffentlichten hierzu eine entsprechende "Stuttgarter Erklärung" mit weiteren Details. Die Fraktionen waren sich einig, dass man diesen Weg mitgehen werde und man sich außerdem Gedanken machen müsse, wie man die Flüchtlinge in das Gemeindeleben integrieren kann. Stadtrat Dangel merkte an, dass man sich Gedanken machen müsse, wie man als Gemeinderat aktiv werden könne. Man könne Arbeitskreise bilden und Flüchtlinge dann in Kleingruppen einladen, um zu zeigen, wer in Bad Schussenried lebt und was es gibt. Man müsse den Flüchtlingen Gastfreundschaft zeigen. Der Gemeinderat nahm daraufhin mehrheitlich die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung und – integration in der Stadt Bad Schussenried zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, im Austausch mit dem Landkreis Biberach, den Wahlkreisabgeordneten und den Medien auf die angespannte Situation und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten hinzuweisen.

Bestellung Standesbeamtin

Aufgrund des Ausscheidens einer Mitarbeiterin und der Reduzierung der Arbeitszeit einer weiteren Mitarbeiterin wurde die Ernennung einer weiteren Standesbeamtin erforderlich, um den Standesamtsbetrieb zu gewährleisten. Frau Noemi Ederle hat den erforderlichen Lehrgang erfolgreich absolviert und wird künftig als Standesbeamtin eingesetzt. Der Gemeinderat nahm die Ernennung von Frau Ederle zur Standesbeamtin zur Kenntnis.

Freiwillige Feuerwehr – Bestätigung der Wahl des Abteilungskommandanten und dessen Stellvertreter der Abteilung Otterswang

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes bat Bürgermeister Deinet um eine Schweigeminute zu Ehren des verstorbenen Abteilungskommandanten Stefan Rimmel. Hauptamtsleiter Mutter erläuterte kurz den Sachverhalt. Im Anschluss stimmte der Gemeinderat einstimmig der Wahl von Herrn Michael Schulz als Abteilungskommandant, Herrn Christian Laux als erster stellv. Abteilungskommandant und Herrn Elia Bacalja als zweiter stellvertretender Abteilungskommandant der Abteilung Otterswang zu.

Unter dem Punkt Bekanntgaben und Verschiedenes berichtete Bürgermeister Deinet über den aktuellen Sachstand im Nachgang eines Termins mit der Liegenschaftsverwaltung zum Thema Jugendhaus. Des Weiteren berichtete Bürgermeister Deinet von einem Gespräch mit Pfarrer Schaepen, dem Verwaltungszentrum Biberach und der Kirchenpflegerin der Seelsorgeeinheit, Frau Nüssle bezüglich der Ortsmitte Otterswang. Es soll eine Lösung für das Albert-Werfer-Haus und das alte Rathaus gefunden werden. Ein Termin mit der Diözese befindet sich in Abstimmung. Zuletzt berichtete Bürgermeister Deinet noch über den Brand beim Zellersee und dankte in diesem Zusammenhang auch der Freiwilligen Feuerwehr für ihren unermüdlichen Einsatz.

Hauptamtsleiter Mutter gab noch die in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt. Der Gemeinderat hatte die Verwaltung ermächtigt, das Flst. 1014, Abt-Kloos-Straße 4 im Schussenboten gegen Höchstgebot auszuschreiben. Desweiteren hatte der Gemeinderat einer Verlängerung der Fertigstellungsfrist für ein gewerbliches Gebäude bis zum 31.12.2024 und einer Erhöhung einer Zuschussdeckelung für eine private Modernisierungsmaßnahme der „Rathaus-Apotheke“ zugestimmt.

Beim Tagesordnungspunkt „Anfragen aus dem Gemeinderat“ wollte Stadtrat Vollmer wissen, welche finanziellen Mittel für die „Weißen Flecken“ bereits geflossen sind. Stadtkämmerer Kubot erklärte, dass

bisher noch keine Mittel geflossen seien, aber ein Avis von ca. einer halben Million auf dem Weg sei. Stadtrat Braun fragte nach dem Sachstand, wie viele Kindergartenplätze nach der letzten Vergaberunde nicht vergeben werden konnten. Hauptamtsleiter Mutter erwiderte daraufhin, dass er die genauen Zahlen aktuell nicht benennen kann, da die Bereinigung der Warteliste im Bezug auf Mehrfachnennungen gerade erfolge.

Nachdem es unter dem Punkt „Anfragen aus der Einwohnerschaft“ keine Wortmeldungen gab, beendete Bürgermeister Deinet die öffentliche Sitzung.